

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

31.08.2021

Inhalt

EWN

1 Atommüll-Endlagersuche: Entscheidung erst 2031 <i>ndr.de, 31.08.2021</i>	3
2 Bundesamt: Eingrenzung von Endlager-Gebieten in drei Jahren <i>ZEIT ONLINE, 26.08.2021</i>	4
3 Grüne macht Pipeline-Stopp zur Bedingung für Koalition <i>Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard, 31.08.2021</i>	5
4 Ministerin: Chancen auf Ausbildung nutzen <i>Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt, 31.08.2021</i>	6



 ndr.de | 31.08.2021

 WEBLINK

Atommüll-Endlagersuche: Entscheidung erst 2031

Frühestens in drei Jahren soll es konkretere Aussagen zum Standort eines Atommüll- Endlagers geben. So hieß, es am Donnerstagabend bei einer Informationsveranstaltung in Waren/Müritz. 90 Standorte werden genauer geprüft - auch in MV.

Zu Gast in Waren war Jörg Ottmann vom Bundesamt für Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) - eingeladen zur Informationsveranstaltung hatte die Stadtverwaltung. Ottmann stellte klar: erst soll es weitere Messungen geben, dann müssen die Daten ausgewertet werden und erst danach könnte das Bundesamt die Suche weiter eingrenzen.

Auch vier Regionen in MV werden genauer untersucht

Grundsätzlich untersucht werden Regionen mit Gesteinsformationen etwa aus Salz, Ton und Granit. Berücksichtigt man die Überlagerung einiger Teilgebiete ist in Deutschland eine Fläche von gut 194.000 Quadratkilometern betroffen - also rund 54 Prozent der gesamten Bundesfläche. In Mecklenburg-Vorpommern hatte das Bundesamt Gebiete unter Rügen und unter Teilen der Ostsee sowie südöstlich von Ludwigslust

in den Blick gefasst, ebenso wie große Teile Mecklenburgs und den Westen Vorpommerns bis zu einer Linie Rostock-Teterow-Waren-Neubrandenburg.

Entscheidung bis 2031

Im nächsten Schritt soll die Bundesgesellschaft für Endlagerung erstmals oberirdische Messungen vornehmen. Dann soll es eine weitere Eingrenzung geben. Darüber werde dann der Bundestag weiter entscheiden, hieß es. Danach sind unterirdische Messungen geplant. In zehn Jahren soll ein Ort für ein Atommüll-Endlager gefunden sein - so hatte es der Bundestag beschlossen. 2050 dann soll das Lager in Betrieb gehen. Im laufenden Prozess sollen immer wieder die Bürger informiert werden - in drei Phasen, die erste dieser drei läuft derzeit noch. Erst im vergangenen Jahr hatte das Bundesamt seinen Zwischenbericht vorgelegt.

Bundesamt: Eingrenzung von Endlager-Gebieten in drei Jahren

Waren (dpa) - Bei der Suche nach dem fachlich besten Standort für ein Atommüll-Endlager in Deutschland wird es frühestens in drei Jahren eine weitere Eingrenzung potenzieller Teilgebiete geben. Das kündigte Jörg Ottmann vom Bundesamt für Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) am Donnerstagabend vor etwa 50 Gästen auf einer Informationsveranstaltung in Waren an der Müritz an. Bisher wurden anhand geologischer Daten, vor allem von den Bundesländern, 90 Teilgebiete festgelegt, die weiter untersucht werden sollen.

Vier Teilgebiete liegen in Mecklenburg-Vorpommern, unter anderem eines auf Rügen und eines an der Müritz. Ein Geologe vom Landesumweltministerium in Schwerin äußerte Zweifel an der Datenbasis für das Teilgebiet auf Rügen. Im nächsten Schritt soll die

Bundesgesellschaft für Endlagerung erstmals oberirdische Messungen vornehmen. Dann soll es eine weitere Eingrenzung geben. Darüber werde dann der Bundestag weiter entscheiden. Danach sind unterirdische Messungen geplant.

Das Verfahren zur Suche des Endlagerstandortes hatte der Bundestag beschlossen. Dazu gehöre frühzeitige und umfassende Information der Bürger in drei Phasen, wobei die erste noch läuft, sagte Ottmann. Der Endlager-Standort soll bis 2031 festgelegt werden, das Endlager 2050 in Betrieb gehen. Es war die erste Info-Veranstaltung in Mecklenburg-Vorpommern. In Waren hatte die Stadtverwaltung eingeladen. Am nächsten Dienstag wollen beiden Bundesgesellschaften ihre Planung im Landtag in Potsdam vorstellen.

Grüne macht Pipeline-Stopp zur Bedingung für Koalition

Schwerin. Die Spitzenkandidatin der Grünen für den Landtag in *Mecklenburg-Vorpommern*, Anne Shepley, hat einen Stopp des Baus der Ostsee-Pipeline „*Nord Stream 2*“ zur Bedingung für eine Beteiligung ihrer Partei an einer künftigen Regierungskoalition in MV gemacht. „Ja, ich würde sagen, das wäre eine Bedingung“, sagt die Kandidatin auf mehrfache Nachfrage in einem Video-Interview mit dem Online-Format

„Jung & Naiv“, das heute veröffentlicht wird und dem Nordkurier vorab vorlag. Shepley spricht sich in dem knapp zweistündigen Interview auch für einen Volksentscheid über die Forderung der Enteignung von industriellen Massentierhaltungsanlagen aus. Das Gespräch wird heute Nachmittag auf dem Youtube-Kanal und als Podcast von „Jung & Naiv“ veröffentlicht.

📰 Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt | 31.08.2021 | S. 04-SEITE 4

📄 Auflage: 19.350 | Reichweite: 44.976

👤 dpa

Ministerin: Chancen auf Ausbildung nutzen

Schwerin. Zum Start des neuen Lehrjahres stehen nach den Worten von Bildungsministerin Bettina Martin (SPD) allen nicht versorgten Schulabgängern noch viele Chancen offen. Freie Ausbildungsplätze gebe es vor allem in Handel und Gastronomie. Auch in Bereichen wie Handwerk und **Industrie** nähmen Betriebe weiterhin Bewerbungen entgegen. Martin rief dazu auf, die Möglichkeiten der dualen Ausbildung zu nutzen. „Eine fundierte Ausbildung ist die beste Grundlage für einen krisenfesten Arbeitsplatz mit Perspektive“,

erklärte Martin gestern.

Das neue Ausbildungsjahr beginnt regulär am 1. September. In einigen Unternehmen startete die praktische Ausbildung bereits Anfang August. „Auch Jugendliche, die nicht die besten Schulabschlüsse hatten, erhalten in den Berufsschulen und auch den Betrieben die Unterstützung, die sie benötigen. Die Chancen auf dem Ausbildungsmarkt waren noch nie so gut wie jetzt“, betonte Martin.